



2 Dalai Lama im Europaparlament

4 Angriff auf  
Pressefreiheit

3 Zerstörung

# Empfang

Martin Schulz  
trifft den Dalai Lama –  
Werte statt Orientierungslosigkeit

# 2

## Kommentar



Foto: Michael Rahm  
Kai Müller,  
ICT-Geschäftsführer

Ein solches Bild hatte man schon eine ganze Weile nicht mehr gesehen: Ein führender europäischer Politiker empfängt den Dalai Lama offiziell in seinen Amtsräumen, und das trotz massiver chinesischer Proteste. Während EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) sein Gespräch am 15.9. in Straßburg mit dem Dalai Lama als „offen und spirituell bereichernd“ bezeichnete, ließ die Reaktion der chinesischen Regierung nicht lange auf sich warten: Eine Delegationsreise des Wirtschaftsausschusses des Europaparlaments wurde abgesagt, begleitet von indigenen Kommentaren der chinesischen Staatsmedien.

### Wertebezogene Außenpolitik

Der Empfang des Dalai Lama in Straßburg unterstreicht, dass der Friedensnobelpreisträger in Europa große Unterstützung genießt – und dass sich das Europäische Parlament als demokratisch gewählte Institution nicht vorschreiben lässt, wen es empfangen darf.

Wie notwendig ein klares Fundament europäischer Außenpolitik gerade gegenüber China ist, zeigt die neue

außenpolitische Plattform, die die chinesische Regierung zusammen mit osteuropäischen EU-Staaten mit dem Format „16+1“ geschaffen hat – ohne Beteiligung Brüssels. Während Peking damit geschickt eine lästige menschenrechtspolitische Agenda aus Brüssel – so marginal sie auch sein möge – umgehen kann, treibt „16+1“ möglicherweise einen weiteren Keil in eine gemeinsame Außenpolitik der Europäer. „16+1“, ein Ergebnis wertbezogener Beliebigkeit europäischer Außenpolitik, so wie sie etwa in der Furcht vor Begegnungen mit dem Dalai Lama zum Ausdruck kommt? Peking hat erkannt, dass es Europa erfolgreich unter Druck setzen und spalten kann. Das Treffen Schulz/Dalai Lama fällt wohlthuend aus diesem Rahmen.



### Mehr Informationen:

„EU, Parliament officials ignore China pressure to welcome Dalai Lama in Strasbourg, Paris, Brussels“, <http://bit.ly/2cY5MA6>

In den Medien: „The Guardian view on the Dalai Lama: don't squeeze him out“, <http://bit.ly/2cO7znG>

## Menschenrechtsrat

## 33. Sitzung

In seinem Eröffnungsstatement der 33. Sitzung des UNO-Menschenrechtsrates in Genf beklagte der Hochkommissar für Menschenrechte Seid al-Hussein Menschenrechtsverletzungen in China, insbesondere die Verfolgung von Menschenrechtsanwälten und ihren Familien. Al-Hussein verwies ferner auf Berichte über „Diskriminierung, Folter und Misshandlung, ‚Verschwindenlassen‘ und Todesfälle in Haft von Angehörigen ethnischer und religiöser Gemeinschaften“, ein deutlicher Hinweis auf die Situation von Uiguren und Tibetern. Wiederholt kritisierte Seid al-Hussein die mangelnde Kooperationsbereitschaft Pekings, da die chinesische Regierung sich seit elf Jahren einem offiziellen Besuch des Hochkommissars in der Volksrepublik verweigert habe. Die Kritik dürfte angesichts der erneuten Kandidatur Chinas für die Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat für besondere Aufmerksamkeit gesorgt haben.

Während der Generaldebatte im Rat äußerten sich überdies die Europäische Union und Deutschland besorgt über die Situation in Tibet, die USA, die Tschechische Republik, Frankreich, Kanada, Irland und Großbritannien kritisierten die Menschenrechtslage in China insgesamt. Die International Campaign for Tibet kritisierte im Rahmen eines Oral Statements für die Helsinki Foundation for Human Rights die Lage der Religionsfreiheit in Tibet und verwies insbesondere auf Abriss und Vertreibungen im buddhistischen Institut von Larung Gar.



### Mehr Informationen:

Mehr Informationen: <http://bit.ly/2dyNS82>



# Zerstörung

## Buddhistisches Institut Larung Gar: Abrissarbeiten und Vertreibungen



Foto: Bodhicitta CC-BY-2.0

Nach der Zerstörung Tausender Unterkünfte im buddhistischen Studienzentrum Larung Gar haben die chinesischen Behörden eine große Anzahl ehemaliger Bewohner der im osttibetischen Landkreis Serthar (chin.: Seda) gelegenen Einrichtung von dort vertrieben. Wie hoch deren Zahl ist, lässt sich im Moment nicht sagen, da die Behörden seit mehreren Wochen die Kommunikationswege in der dünn besiedelten Region massiv blockieren und überwachen, um so zu verhindern, dass Informationen an die Öffentlichkeit gelangen. Tibetische Quellen berichten von einer „großen Anzahl von Menschen“, die gezwungen wurden, Larung Gar zu verlassen und in ihre Heimatregionen in anderen Teilen Tibets zurückzukehren. Die Abrissaktion begann am 20. Juli und ist offenbar im Moment unterbrochen worden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sie spätestens im kommenden Jahr, wenn nicht schon früher, wieder aufgenommen wird. Der International Campaign for Tibet vorliegendes Bildmaterial zeigt, dass die chinesischen Abrisstrupps mit schwerem Gerät gearbeitet haben. Insgesamt sollen in Larung Gar circa 2.000 Unterkünfte zerstört worden sein. Tibetischen Quellen zufolge seien von den Behörden angekündigte Entschädigungen bislang ausgeblieben. Aus Verzweiflung über die Abrissaktion haben sich drei tibetische Nonnen in den vergangenen Wochen das Leben genommen. Im August starben die 20-jährige Tsering Dolma aus dem osttibetischen Ngaba und Semga aus dem Landkreis Dzamthang (chin.: Rangtang), zeitgleich mit dem Beginn der Abrissarbeiten hatte sich bereits am 20. Juli die Nonne Rinzin Dolma erhängt.

### 2.000 Unterkünfte zerstört

Die Abrissarbeiten in Larung Gar waren in einer Anordnung der Kreisverwaltung angekündigt worden. Darin wird das erklärte Ziel ausgegeben, bis Ende September 2017 die Anzahl der Bewohner von Larung Gar auf 5.000 zu begrenzen. Allem Anschein nach waren die religiösen Institutionen von Larung Gar nicht in die Entscheidungsfindung einbezogen. In dem buddhistischen Zentrum sollen zuletzt mindestens 10.000 Menschen dauerhaft gelebt

haben. Schätzungen zufolge lag die Zahl der Bewohner Larung Gars in Spitzenzeiten bei bis zu 40.000 oder gar 50.000 Menschen. Die Verwaltung der Präfektur Kardze bestreitet offiziell, dass in Larung Gar Zerstörungen stattfinden. Es handele sich dabei lediglich um Renovierungsarbeiten zum Zwecke des Brandschutzes und der besseren Lenkung der Besucher.

### Eindeutiger Repressionscharakter

Aus Sicht der ICT ist diese Darstellung nicht stichhaltig. In einem Brief an den UNO-Sonderberichterstatter zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit Heiner Bielefeldt verwies ICT auf den eindeutigen Repressionscharakter der Maßnahmen. So enthielt bereits die behördliche Anordnung der Abrissarbeiten in Larung Gar Passagen, in denen die religiöse Führung des Studienzentrums verpflichtet wurde, an Treffen teilzunehmen, bei denen „rechtliche und ideologische Führung“ vermittelt werden sollte. Mönche und Nonnen wurden gezwungen, an sogenannten „Rechtserziehungsmaßnahmen“ teilzunehmen und schriftliche Loyalitätsbekundungen abzugeben. Das Vorgehen der Behörden zeige deutlich, dass den Betroffenen keine Möglichkeit der Partizipation eingeräumt wurde. ICT dazu: „Die chinesische Regierung hat es im vorliegenden Fall unterlassen, die von ihren Maßnahmen Betroffenen anzuhören und ihre Anliegen zu berücksichtigen. Gerade angesichts der überragenden Bedeutung von Larung Gar darf dies nicht hingenommen werden. Die Zerstörung von Unterkünften, die Vertreibung von Mönchen und Nonnen wie auch das besorgniserregende Maß an Einschüchterung und Unterdrückung stellen einen Angriff auf die freie Religionsausübung dar.“



### Mehr Informationen:

International Campaign for Tibet: „Mass expulsions at globally renowned Buddhist institutes follow demolitions“, <http://bit.ly/2dAD1dF>

# Angriff auf Pressefreiheit

Tashi Wangchuk droht lange Haftstrafe

# 4

Dem Tibeter Tashi Wangchuk droht eine lange Haftstrafe, nachdem die „New York Times“ über ihn und seine Kritik an der chinesischen Kultur- und Bildungspolitik in Tibet berichtet hatte. Der 31-jährige Wangchuk, der ein Ladengeschäft in der tibetischen Stadt Jyekundo in der Tibetisch Autonomen Präfektur Yushu in der Provinz Qinghai betreibt, war von der „New York Times“ im November 2015 interviewt und umfassend porträtiert worden.

## Festnahme nach Interview mit „New York Times“

Dem Artikel zufolge hatte er unter anderem versucht, die örtlichen Behörden per Gerichtsklage auf tibetischsprachigen Unterricht in den Schulen zu verpflichten. Im Januar 2016 war Wangchuk verhaftet und zunächst an einen unbekannt Ort verbracht worden. Im März wurde bekannt, dass ihm „Anstiftung zum Separatismus“ vorgeworfen werde, obwohl keinerlei entsprechende Aktivitäten Wangchuks bekannt sind. Wangchuk muss, sollte das Gerichtsverfahren eröffnet und – wovon in derartigen Verfahren auszugehen ist – mit einer Verurteilung enden, mit einer bis zu 15-jährigen Haftstrafe rechnen. Die Staatsanwaltschaft habe nun 90 Tage Zeit, Anklage zu erheben, so vor Kurzem Wangchuks Anwalt, der bekannte chinesische Menschenrechtsanwalt Liang Xiaojun (auf Twitter @liangxiaojun) in der „New York Times“.

Die International Campaign for Tibet zeigt sich entsetzt über das Vorgehen der chinesischen Behörden und ruft Politik und Öffentlichkeit in Deutschland dazu auf, gegenüber den chinesischen Behörden auf Freilassung Wangchuks und auf Einstellung



des Verfahrens zu drängen. ICT-Geschäftsführer Kai Müller: „Offensichtlich soll Wangchuk insbesondere dafür belangt werden, dass er gegenüber ausländischen Medien kritisch über die Situation in Tibet gesprochen hat. Die Repression richtet sich daher nicht nur gegen Tashi Wangchuk, sondern auch gegen die ohnehin schon stark eingeschränkte Berichterstattung unabhängiger Medien wie der ‚New York Times‘. An Tashi Wangchuk soll ein Exempel statuiert werden, das besonders internationale Medien abschrecken soll.“

ICT ruft insbesondere Medienvertreter aus Deutschland dazu auf, sich für Tashi Wangchuk und für akzeptable Arbeitsbedingungen internationaler und chinesischer Medien in China und Tibet einzusetzen.



## Mehr Informationen:

„New York Times“: „Tibetans Fight to Salvage Fading Culture in China“,

<http://nyti.ms/1RcCeMx>

„New York Times“: „Police in China Push for Trial of Tibetan Education Advocate“,

<http://nyti.ms/2doQwwt>

## Tibet<sup>360°</sup> Impressum

### Herausgeber:

ICT Deutschland e. V.  
Schönhauser Allee 163  
10435 Berlin  
Tel.: +49[0]30 2787 9086  
Fax: +49[0]30 2787 9087  
info@savetibet.de  
www.savetibet.de

V. i. S. d. P.: Kai Müller

### Gestaltungskonzept:

Creative Comp., Hamburg

### Druck:

Hans Gieselmann Druck und Medienhaus GmbH & Co. KG  
Potsdam-Nuthetal

Stand: 5. Oktober 2016

## +++newsTICKER+++

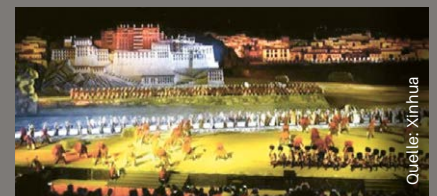


### Bosch-Medienforum als „Defeat Device“

Für die Bosch-Stiftung ist „Völkerverständigung“ wichtiger als der öffentliche Einsatz für unabhängige Berichterstattung aus China oder verfolgte Tibeter  
[www.savetibet.de/blog](http://www.savetibet.de/blog)



Neuer KP-Chef der Autonomen Region Tibet (TAR) bekannt als Hardliner  
<http://bit.ly/2dEF55Y>



Peking plant massiven Ausbau des Tibet-Tourismus / ICT: Tourismus-Boom begleitet von „kultureller Enteignung“ der Tibeter  
<http://bit.ly/2cYfrGI>

## Tibet-Monitor

Die International Campaign for Tibet erstellt in unregelmäßigen Abständen einen sogenannten „Tibet-Monitor“, der menschenrechtsrelevante Nachrichten aus den staatlichen chinesischen Medien zusammenfasst.

Bei Interesse senden Sie bitte eine E-Mail an [kai.mueller@savetibet.de](mailto:kai.mueller@savetibet.de)